

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

Fraktion DIE LINKE

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Antrag Nr.:	276/2020
Datum:	15.10.2020
zur Behandlung in öffentlicher Sitzung	

Beschlussantrag an die Stadtverordnetenversammlung

Betreff: Informationen über Stadtverordnete

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
05.11.2020	Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Senioren
10.11.2020	Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit
16.11.2020	Hauptausschuss
25.11.2020	Stadtverordnetenversammlung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. den Internetauftritt der Stadtverordnetenversammlung anzupassen, sodass Bürger*innen direkten Kontakt zu den Abgeordneten aufnehmen können. Dies sollte vorzugsweise durch die Angabe einer E-Mailadresse erfolgen.
2. den Internetauftritt der Stadtverordnetenversammlung zu erweitern, sodass die Stadtverordneten kurze Angaben über ihre Vita (Ausbildung/ Beruf) und Mitgliedschaften machen können.

.....
Unterschrift/en

Begründung:

Bürger*innen haben den Wunsch und auch das Recht, sich über ihre Vertreter*innen zu informieren und mit ihnen in direkten Austausch zu treten. Dies sollte möglichst niederschwellig sein. Der erste Anlaufpunkt dazu ist die Webseite der Stadtverordnetenversammlung (als Unterseite der Stadt), auf der die Informationen über alle Mitglieder aufgelistet sind. Leider kann man bisher nur Zugehörigkeiten zu Ausschüssen und Fraktionen erfahren.

Der direkte Kontakt zu Abgeordneten ermöglicht es Bürger*innen, unmittelbar Nachfragen zu stellen und sich auch an politischen Diskussionen zu beteiligen, ohne selbst bei der Sitzung der Stadtverordneten anwesend sein zu müssen. Somit ist es ein Zugewinn für die Bürger*innenbeteiligung.

Eckdaten zu einer Person und dessen Mitgliedschaften schaffen Transparenz. Die Bürger*innen haben unserer Ansicht nach ein Recht darauf, politische Entscheidungen nachvollziehen und in Kontexte setzen zu können. Da Entscheidungen unbefangen und abhängig getroffen werden sollten, sind Mitgliedschaften in Vereinen und die Ausbildung/ der Arbeitsplatz der Abgeordneten relevant.

Niemand wird dabei gezwungen, Angaben zu machen, es ist lediglich ein Angebot, das die Abgeordneten nutzen können. Wir denken, dass dies ein kleiner Aufwand für mehr Transparenz ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlagen: